



## "Chinas Einfluss auf der koreanischen Halbinsel - die Sechs-Parteiengespräche auf dem Weg zum Helsinki-Prozess?"<sup>1</sup>

15. Mai 2012, 18.30 Uhr  
Konfuzius-Institut Metropole Ruhr, Konferenzraum 3 des Technologiezentrums, Bismarckstr.  
120 in Duisburg-Neudorf

Am Abend des 1. Juni 2007, es war ein Freitag, gab der deutsche Botschafter in Pjöngjang einen Empfang zur Verabschiedung der Delegation der Deutsch/Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages in der Deutschen Botschaft. Mein Kollege aus dem Bundestag und ich unterhielten uns gerade mit dem Botschafter, als ein nordkoreanischer Gesprächspartner zu uns stieß und sagte, er wolle sich gerne mit uns Abgeordneten unterhalten. Der Botschafter nahm uns bei Seite zu einer Sitzgruppe, wo wir Platz nahmen. Allerdings erklärte der besagte Herr, er wolle nur mit uns sprechen, wörtlich: *„Bitte ohne Sie, Exzellenz!“*

An uns gewandt sagte dieser: *„Wenn Sie morgen in Seoul sind, erklären Sie Ihren Gesprächspartnern doch bitte Folgendes: „Die inoffiziellen amerikanisch/nordkoreanischen Gespräche sind ergebnislos abgebrochen worden, weil das Problem der Freigabe der nordkoreanischen Guthaben bei der Delta Asia Bank in Macao nicht vorankommt. Sagen Sie bitte auch, dass wir (Nordkorea) uns von der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice gut behandelt fühlen, dass aber die Bemühungen der Außenministerin zur Freigabe der 25 Millionen USD ständig sabotiert werden. Und zwar aus dem Umfeld des amerikanischen Vizepräsidenten Richard Cheney sowie vom amerikanischen Justiz und Schatzministerium.“*

Dann fuhr er fort: *„Sie sollen auch wissen, dass die innerkoreanischen Gespräche heute ergebnislos abgebrochen wurden, weil die südkoreanische Seite sich keinen Millimeter bewegte. Sie hatte auf Geheiß des amerikanischen Vizepräsidenten vom amerikanischen Botschafter in Seoul die Mahnung oder, wenn man so will,*

---

<sup>1</sup> Darstellung anonymisiert. Der Vortrag gibt ausschließlich die Meinung des Verfassers wider. Es gilt das gesprochene Wort.



*auch die Auflage bekommen, zu beachten, dass die innerkoreanischen Gespräche mindestens immer einen Schritt hinter den Sechs-Parteien-Gesprächen zurückzubleiben haben.“*

Er wusste bestimmt, dass zu unseren Gesprächspartnern in Seoul u.a. der Wiedervereinigungsminister, der stellvertretende Außenminister und der stellvertretende Geheimdienstchef gehörten.

Am nächsten Morgen zeigte die Anzeigentafel im Flughafengebäude von Pjöngjang den Direktflug einer Maschine von Pjöngjang nach Seoul an – etwas, was seit Jahren nicht mehr stattgefunden hatte. Es war unsere Chartermaschine mit einigen weiteren Fluggästen.

Die Gespräche in Seoul machten uns deutlich, dass auch Südkorea sehr an der Fortsetzung der Gespräche und an positiven Ergebnissen interessiert war - jedoch Probleme mit den Amerikanern als auch mit der eigenen konservativen Oppositionspartei, der HANARATANG, hatte. Es amtierte noch die Regierung des Präsidenten Roh Moo-Hyun, den und dessen Vorstellungen ich selbst ein Jahr zuvor bei einem Arbeitsessen kennengelernt hatte. Ein reform- und verständigungswilliger Politiker, vielleicht etwas zu sensibel, der sich später am 23. Mai durch den Sprung von einem Felsen das Leben nahm. Er hatte nach seiner Abwahl die Korruptionsvorwürfe sowie das Kesseltreiben und die Diffamierungskampagne gegen sich nicht mehr ertragen können.

Und ich erinnerte mich auch daran, was der oben genannte Gesprächspartner aus Nordkorea mir noch in Pjöngjang gesagt hatte: *„Herr Pflug, es gibt hier einflussreiche Leute in Pjöngjang, die sofort bereit wären, alle nuklearen Ambitionen zu Gunsten geordneter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, den Europäern und den Japanern und für wirtschaftliche Hilfe und Sicherheitsgarantien durch die USA aufzugeben.“*

Die Aussichten auf erfolgreiche Sechs-Parteien- und innerkoreanische Gespräche waren nicht schlecht in diesem Jahr. Im Spätsommer und Herbst 2007 wurden die Gespräche wieder aufgenommen.

In Washington hatte sich offensichtlich Condoleezza Rice durchgesetzt, die erkannt hatte, dass die Chinesen am liebsten in Pjöngjang ein chinesisches



Marionettenregime errichtet hätten, so sie es denn gekonnt hätten. Diese Einschätzung wurde auch von unserem BND geteilt. Es gab Informationen auch aus Südkorea, Japan und USA, dass die Chinesen mit Hilfe von geflüchteten und zurückgeschickten Nordkoreanern versuchten, Einfluss auf die nordkoreanische Armee zu gewinnen und sowohl die nordkoreanische Außen- wie auch die Innen- und insbesondere die Wirtschaftspolitik durch Reformen nach chinesischem Vorbild zu beeinflussen. Ein von Peking aus gesteuertes Regime in Nordkorea hätte China befähigt, Zugang zum Japanischen und Ochotkischen Meer zu bekommen.

Spätestens seit dem Jahr 2005 hatte in der japanischen Regierung und in den Parteien eine Diskussion darüber begonnen, ob Japan sich eigene Nuklearwaffen zulegen und seine Verfassung ändern sollte. Japan hat laut Verfassung nur rein defensive Selbstverteidigungskräfte, die nur im eigenen Land eingesetzt werden dürfen. Zwar hatte mir die japanische Vizeaußenministerin bei meinem Besuch in Tokyo im Juni 2006 noch erklärt, dass es für Japan undenkbar sei, sich eigene Nuklearwaffen zuzulegen, aber die Administration von Georg Bush forcierte diese Diskussion in Japan. Japan steht unter dem nuklearen Schutzschirm der Vereinigten Staaten, aber es verfügt über das Knowhow in kürzester Zeit selbst Kernwaffen herzustellen. Die USA hätten auch geliefert.

Spätestens nach der Abwahl der letzten von der Liberal Demokratischen Partei geführten und der ersten von der Demokratischen Partei geführten Regierung wurden in den USA und - auf heftiges Drängen dann auch in Japan - Einzelheiten aus den zwischen Japan und den USA nach dem 2. Weltkrieg vereinbarten sogenannten „Geheimprotokollen“ bekannt. So steht in einem Protokoll, dass die US Marine im Krisenfall jederzeit das Recht hat, mit Kernwaffen-bestückten Schiffen japanische Häfen anzulaufen.

In diesen Mitte 2000-er Jahren besuchte ich einmal jährlich Japan und erinnere mich an Gespräche mit japanischen Parlamentariern und Parteienvertretern. Diese äußerten mir gegenüber die Vermutung, dass die USA mehr daran interessiert seien, Japan als wichtigsten Verbündeten in Ostasien eng an sich zu binden als den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zu lösen. Dabei hätten die USA den



Japanern das Versprechen gegeben, eine friedliche Lösung auf der Halbinsel anzustreben.

Nebenbei bemerkt: Im Falle einer zugespitzten Krisensituation auf der Halbinsel oder in der Region haben die USA den Oberbefehl über die südkoreanischen Streitkräfte. Der tote Präsident Roh Moo-Hyun hatte dieses Abkommen mit Auslaufen Ende 2012 gekündigt. Der 2008 gewählte Präsident Lee Myung-bak hat dann diese Kündigung zurückgenommen. Seit seiner Präsidentschaft ab dem 25. Februar 2008 setzt Lee Myung-bak auf Härte und Unnachgiebigkeit gegenüber Nordkorea. Diese Haltung war allerdings auch einer starken Strömung und Stimmung in der südkoreanischen Bevölkerung geschuldet. Problematisch nur, dass die Regierung Lee gegenüber dem verfeindeten Bruderstaat im Norden - anders als die Bundesrepublik Deutschland damals gegenüber der DDR - keinerlei konzeptionelle Vorstellungen, geschweige denn ein Handlungskonzept, hat.

Bei meinem Besuch in Nordkorea im Frühjahr 2008 erklärte mir ein Dialogpartner am 13. Mai: *„Herr Pflug, diejenigen, die hier für Verhandlungen und Öffnung sind, können im Augenblick nicht viel tun. Alles was in den letzten 10 Jahren aufgebaut wurde, wird vom südkoreanischen Präsidenten Lee Myong-bak zerstört. Das Vertrauen ist weg. Südkorea lässt nicht zu, dass die Grundsatzserklärungen vom 15. Juni 2000 und die Erklärung vom 4. Oktober 2007 umgesetzt werden. Präsident Lee verlangt zunächst die vollständige Denuklearisierung Nordkoreas und nachfolgend die Öffnung unseres Landes. Dann will er dafür sorgen, dass über einen Fond innerhalb von 10 Jahren das Bruttosozialprodukt pro Kopf auf 3000 USD pro Jahr für jeden Nordkoreaner steigt. Wir halten das für unerhört anmaßend.“*

Diese Grundsatzserklärung vom 15. Juni 2000 war von dem am 19. Dezember 2011 verstorbenen Führer Nordkoreas, Kim Jong Il, und dem am 18. August 2009 verstorbenen Staatspräsidenten Südkoreas, Kim Dae Jung, anlässlich ihres Gipfeltreffens in Pjöngjang unterzeichnet worden. Sie ähnelt in ihren Absichten der von Egon Bahr und Willy Brandt konzipierten Politik des „Wandels durch Annäherung“: Keine Containment-Politik gegenüber Nordkorea sondern innerkoreanischer Dialog durch gegenseitige Entsendung hochrangiger



Delegationen für verschiedene Fachgebiete und Ressourcen. Familienzusammenführungen und humanitäre Nahrungsmittel- und Landwirtschaftshilfe für den Norden.

Außerdem wurden in Anknüpfung an das zwischen KEDO (Korean Energy Development Organization) und KEPCO (Korea Electric Power Corporation) am 15. Dezember 1999 unterzeichnete Abkommen von Südkorea 3,2 Milliarden US-Dollar Finanzhilfen für den Bau von zwei Leichtwasser-Reaktoren in Nordkorea zugesagt. Dieses KEDO-Abkommen wiederum war Folge des sogenannten „Framework-Abkommen“ aus dem Jahre 1994, indem die USA, Japan, Südkorea und die EU sich verpflichtet hatten, Nordkorea zwei Leichtwasser-Reaktoren und jährlich 50.000 t schweres Heizöl zu liefern. Bedingung dafür war, dass Nordkorea die eigenen Bestrebungen aufgibt, in die Uran-Anreicherung und Entwicklung von Nukleartechnik einzusteigen. Die EU war mit Zusagen von insgesamt 370 Millionen US-Dollar beteiligt.

Die Amerikaner lieferten bis 2002 regelmäßig das Heizöl, hatten aber nicht wirklich die Absicht, die Reaktoren zu liefern. Der damalige US-Präsident Bill Clinton und seine Regierung setzten darauf, dass das Regime nach den schweren Flutkatastrophen und Hungersnöten Mitte der 90er Jahre kollabieren würde. Eine völlig falsche Erwartung, wie mir auch hochrangige chinesische Gesprächspartner in Peking noch zu Beginn der 2000-er Jahre erklärten: *„Dieses Volk ist unbegrenzt leidensfähig!“* Dies gilt in dieser Absolutheit wohl nicht mehr für das Jahr 2012. Die zu Beginn dieses Jahres gezeigte Gesprächs- und Öffnungsbereitschaft ist auch Folge einer Verunsicherung des nordkoreanischen Regimes unter der offiziell zur Schau gestellten Führung Kim Jong-Uns, des neuen Führers und Sohnes von Kim Jong-Il. Prächtige Massenaufmärsche mit Arirang-Festival, Raketentests und demonstrativem Luxus der Nomenklatura anlässlich des 100. Geburtstages des verstorbenen - aber nominell ewigen Staatspräsidenten Nordkoreas, Kim Il Sung - vertragen sich nicht mit einem hungernden Volk.

Die Loyalität des Volkes mit seiner Führung, die im Jahre 2000 auf Grund des durch totale Abschottung bedingten sektenartigen Charakters noch vorhanden war, zeigt im Jahre 2012 erhebliche Brüche. Elektronische Medien mit Kassetten



und DVDs, Fachzeitschriften und Telefon haben den Informationsgrad der nordkoreanischen Bevölkerung verbessert. Die Bevölkerung weiß, dass die Menschen außerhalb Nordkoreas besser leben als das eigene Regime sie glauben machen möchte. Information, Kommunikation und Mobilität der eigenen Bevölkerung sind die Gifte für jede Diktatur und für jedes autoritäre System, im Übrigen auch für China.

Die ebenfalls von mir erwähnte Erklärung vom 4. Oktober 2007 war das Ergebnis des Besuches von Präsident Roh Moo-Hyun in Pjöngjang an diesem Tage. Es war das ursprünglich für Seoul geplante zweite Treffen zwischen Kim Jong-Il und Kim Dae Jung im Jahre 2000. Sieben Jahre später besuchte Kim Dae Jungs Nachfolger den Führer in Pjöngjang. In diesem Abkommen sprachen sich Kim und Roh für Frieden, Wohlstand und engere Wirtschaftszusammenarbeit sowie den vollständigen Abbau des nordkoreanischen Atomprogramms aus.

Trotz der ständigen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea seit dem Amtsantritt des neuen südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak gab es im Jahr 2009 noch einen Hoffnungsschimmer für die Reformwilligen in Nordkorea, nämlich die Präsidentschaftswahlen in den USA. Nicht weil man mit Georg Bush und Condoleezza Rice nicht gut zurecht gekommen wäre, sondern weil man sich von einer neuen amerikanischen Regierung unter Barack Obama Druck auf die südkoreanische Regierung erhoffte. Nebenbei bemerkt, als ich Bundeskanzlerin Merkel im Sommer 2008 nach China begleitete und abends beim Dinner unsere chinesischen Tischpartner fragte, ob China Barack Obama oder John McCain als neuer Präsident lieber sei, antwortete mir nach kurzem Zögern ein Vizeminister und ZK-Abteilungsleiter, dass China mit Georg Bush nicht schlecht gefahren sei.

In der Tat, was China an seinen auswärtigen Partnern schätzt, ist Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit - und nicht deren nach innen gerichtete politische Programmatik. Dies korrespondiert mit einem Grundsatz chinesischer Außenpolitik, der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“. Dieser Grundsatz wird häufig von westlichen Staaten als reine



Schutzbehauptung der Chinesen für die ungestörte Wahrnehmung ihrer Interessen dort vor Ort abgetan. In dieser Absolutheit trifft dies wohl nicht so zu. Das Jahr 2008 war gekennzeichnet durch widersprüchliche Ereignisketten auf der Halbinsel. Einerseits verschärfte sich ständig die Rhetorik zwischen den beiden Staaten auf der Halbinsel. Eine Touristin wurde im Grenzstreifen des Kumgangs Gebirges von Nordkoreanern erschossen. Im Gelben Meer kam es zu mehreren Zwischenfällen zwischen nord- und südkoreanischen Schiffen und Südkorea führte wieder einmal gemeinsam mit den USA größere Manöver im Grenzbereich durch.

Nordkorea setzte in dieser Zeit wohl mehr auf die USA und die Sechs-Parteien-Gespräche als auf den innerkoreanischen Dialog, der zumindest bis Spätsommer 2008 auch noch ressortbezogen auf relativ hoher Ebene stattfand.

Folgerichtig gab Nordkorea am 26./27 Juni 2008 eine Erklärung über sein Nuklearprogramm und seine nuklearen Bestände ab und einige Wochen später wurde der Kühlturm des Reaktors in Nyöngbyön gesprengt: Übrigens im Fernsehen mit zu verfolgen. Im Oktober 2008 einigten sich die USA und Nordkorea darauf, dass Nordkorea von den USA von der Liste der Terrorstaaten gestrichen werden solle. Als Gegenleistung erlaubte Nordkorea nun wieder den Besuch von Inspektoren der IAEA.

Während der heißen Phase der Präsidentschaftswahlen in den USA kamen die Gespräche jedoch vollständig zum Erliegen. In dieser Zeit war das innerkoreanische Verhältnis bereits wieder hochgespannt und Südkorea hatte alle Hilfslieferungen, vor allem Reis und Düngemittel, eingestellt. Außerdem hatte Nordkorea offensichtlich geheim an der Entwicklung einer Langstreckenrakete, der Taepodonk I und an der Weiterentwicklung seiner Atombombe gearbeitet.

Was nun folgte, wiederholte sich in den vergangenen zwanzig Jahren in ähnlicher Weise bereits mehrmals im Verhältnis Nordkoreas zu den Vereinten Nationen, seinen Nachbarn und den USA. Die Rakete wurde am 5. April 2009 gestartet. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte den Raketenstart, einen Tag später erklärte Nordkorea das Ende der Sechs-Parteien-Gespräche. Am 25. Mai 2009 führte Nordkorea seinen zweiten Kernwaffentest durch und postwendend kam die





Reaktion der Vereinten Nationen in der Resolution 1874 mit entsprechenden Sanktionen: Die USA erklärten, dass sie alle Schiffe mit mutmaßlicher Schmuggelware nach Nordkorea stoppen und durchsuchen würden. Ebenso würden sie den gesamten Finanzverkehr der Volksrepublik Korea kontrollieren. Diesen Finanzverkehrskontrollen und einem fast vollständigen Waffenembargo für Nordkorea schloss sich auch die Mehrheit der Staaten der Vereinten Nationen an, auch China.

Hier nun möchte ich gerne etwas stärker auf die Rolle der Volksrepublik China eingehen:

Bei meinen Besuchen in China wurde mir u.a. einmal von einem Mitglied des Zentralkomitees folgendes wörtlich gesagt: *„Wann immer auf dieser Welt Aufregung darüber besteht, dass mit Nukleartechnik gehandelt oder Trägertechnologie verkauft wurde, fällt der Name Nordkorea. Und fast immer ist es auch so, dass dies auch so gewesen ist. Man muss dabei aber wissen, dass die das nicht aus Bösartigkeit tun, sondern weil sie sonst keine weiteren Deviseneinnahmen haben. Das soll dieses Verhalten aber nicht rechtfertigen.“*

Hier nun zeigt sich das doppelte Dilemma Chinas: China soll einerseits Nordkorea zur Raison bringen und von seinen Nuklearwaffen- und Raketenambitionen abbringen, außerdem gleichzeitig soll es Druck ausüben mit dem Ziel der Verhandlungsbereitschaft. Selbstverständlich soll es sich auch an den Sanktionen beteiligen und strikt auf deren Einhaltung achten. Andererseits muss China aus Eigeninteresse darauf achten, dass der nordkoreanische Staat nicht implodiert, dann müsste China mit Hunderttausenden, möglicherweise Millionen, von Flüchtlingen fertig werden. Als weitere Folge würde der Einfluss Südkoreas auf einen kollabierten Staat Nordkorea erheblich zunehmen und damit auch der Einfluss der USA, die immer noch 35.000 Soldaten im Süden Südkoreas stationiert haben. Die USA vor Chinas Haustür! Das ist das Letzte was die Chinesen gebrauchen können!

Denn der Widerstand gegen China in Asien wird größer: Mit dem Reform- und Demokratisierungsprozess in Myanmar verlieren dort die Chinesen gerade erheblich an Einfluss, während der amerikanische Einfluss in Myanmar deutlich





größer wird. Durch den Eingang Südkorea haben die Amerikaner bereits den Fuß in der Tür zur gesamten koreanischen Halbinsel. Jede schärfere wirtschaftliche Sanktion gegen Nordkorea würde China diesem Desaster ein Stück näher bringen. Also tut China beides: Es übt Druck auf den Nachbarn im Osten aus, aber es leistet zugleich auch Wirtschaftshilfe. Insbesondere für die Landwirtschaft gelieferten Geräte und Maschinen entsprechen jedoch nicht unbedingt einem modernen Standard. Es gibt aber auch moderne Wirtschaftshilfe aus China, wie die Mitte der 2000-er Jahre in Pjöngjang errichtete Glasfabrik.

China ist also einerseits bemüht, das Regime in Pjöngjang zu stabilisieren. Andererseits kritisieren hochrangige chinesische Politiker, Diplomaten und Mitglieder von Thinktanks auch öffentlich bei jeder Gelegenheit die Politik Nordkoreas und betonen, dass sie dafür nicht in die Verantwortung genommen werden wollen. Übrigens war es das erste Mal, dass China mit dem Beginn der Sechs-Parteien-Gespräche im August 2003 mit Übernahme der Funktionen des Einladers und Moderators im internationalen Interesse und Auftrag Verantwortung übernahm! Wenn man chinesische und nordkoreanische Politiker zum gegenseitigen Verhältnis befragt, werden sie entweder sofort einsilbig oder antworten mit offiziellen Sprachregelungen. Meistens wird aber sofort ein tiefes gegenseitiges Misstrauen deutlich.

**Hierzu möchte ich zwei Beispiele nennen:**

Ich hatte in Pjöngjang die Gelegenheit zu einem Gespräch über Nordkoreas atomare Rüstungsanstrengungen. Ich merkte an, dass die Nordkoreaner mit Kernwaffen ihr Land unsicherer machen würden, da Kernwaffendepots und Raketensilos immer Erstschnitzziele seien. Nordkoreas beste Sicherheitsgarantie sei die geografische Lage zwischen China und Russland. Man hielt mir sofort Folgendes entgegen: „*Unsere Halbinsel war immer Trampolin, wenn Großmächte Krieg gegeneinander geführt haben! Das war im russisch/chinesischen Krieg so und es war auch im japanisch/chinesischen Krieg so. Zudem haben die Großmächte eigene Interessen.*“ Wohl wahr! Außerdem habe man im Falle des Irak gesehen, dass Amerika den Irak angegriffen habe, nachdem die USA sicher



sein konnten, dass es dort weder biologische noch chemische Massenvernichtungswaffen noch Atomwaffen gab.

In einem Gespräch mit einem Nordkoreaner, antwortete der auf meine Frage, wie China wohl zu einer Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten stünde: „*Da müssen sie die Chinesen selbst fragen!*“ Als Korrektur auf seine heftige Reaktion betonte er aber dann das gute chinesisch/nordkoreanische Verhältnis.

Natürlich hatte ich die Chinesen dazu bereits mehrfach befragt. Hier die Antworten eines ehemaligen Botschafters in Deutschland und von einem Nordkorea-Experten der Parteihochschule beim ZK der KPCh, aus dem Jahr 2010: „*Wir sind für die Wiedervereinigung*“. Beide hatte ich unabhängig voneinander befragt. Der eine Herr erklärte weiter, China sei auch für die deutsche Wiedervereinigung gewesen. Auf meine Nachfrage, ob die Amerikaner dann auf der Halbinsel in Südkorea bleiben dürften, lautete seine Antwort: „*Das wohl kaum!*“ Ähnliche Antworten hatte ich bereits in früheren Jahren von anderen Gesprächspartnern bekommen.

10

Auf meine weitere Nachfrage an den Professor, ob das seit einigen Jahren praktizierte Format der G3-Treffen zwischen China, Südkorea und Japan der Anfang eines ostasiatischen kollektiven Sicherheitssystems sein könnte, antwortete mir dieser: „*Nein, dafür haben wir ja auch die Sechs-Parteien-Treffen.*“ Also: Die Amerikaner sind auf der Halbinsel nicht erwünscht, aber sie sind erwünschte Partner in einem kollektiven ostasiatischen Sicherheitssystem.

Vergleicht man nun die Situation auf der geteilten Halbinsel Korea mit der Situation im geteilten Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, so gibt es deutliche Unterschiede. Abgesehen von den gravierenden Unterschieden im Binnenvergleich der beiden geteilten Staatenkonstellationen Nord- und Südkorea versus DDR und BRD, gibt es weitere erhebliche Unterschiede mit Blick auf die Konzipierung eines kollektiven Sicherheitssystems.

1. Quer durch Deutschland verlief bis 1989 die Grenze zwischen zwei hochgerüsteten Blöcken, die eine Vielzahl von Mitgliedstaaten unter Führung der beiden Lead-Nations USA und UdSSR vereinigten.

Berlin: Unter den Linden 50 • 10117 Berlin • Tel: (030) 227 73819 • Fax: (030) 227 76403

johannes.pflug@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Krummacher Str. 33 • 47051 Duisburg • Tel: (0203) 24 396 • Fax: (0203) 2983048

johannes.pflug@wk.bundestag.de



2. Beide deutsche Staaten haben nie gegeneinander Krieg geführt und sich auch nicht ständig mit Krieg bedroht.
3. Die Teilung Deutschlands war Folge des verlorenen deutschen Aggressionskrieges. Korea war Opfer des Krieges. Japan war der Aggressor.
4. Ohne die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EU und in der NATO wäre die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen.
5. Beide deutsche Staaten haben den Helsinki-Prozess aktiv unterstützt.

Auf der koreanischen Halbinsel geht es vor allem um die Interessen der beiden Supermächte USA und China. Beide haben erkannt, dass sie ihren Status dort nicht problemlos, d.h. ohne für sie nachteilige Reaktionen des jeweils anderen verbessern können. Also ist die Erhaltung des Status Quo für sie das eigentliche Ziel, allerdings ohne nordkoreanische Atombombe, weil diese den Status quo für beide nachteilig verändern würde.

Eine Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten würde für die beiden Supermächte eher Nachteile haben. Korea würde sich aus der Abhängigkeit von China lösen. Eine Unabhängigkeit käme aber vermutlich nur um den Preis der Aufgabe der amerikanischen Präsenz auf der Halbinsel zustande. Da eine Wiedervereinigung aber aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen ohne langjährige Übergangsphase in Form einer Kooperation und Konföderation der beiden Staaten nicht möglich ist, dürfte China eine allmähliche Annäherung der beiden koreanischen Staaten bei gleichzeitiger amerikanischer Truppenpräsenz als nicht unproblematisch für sich ansehen.

Aus nunmehr 12-jähriger Beobachtung und Erfahrung der Situation vor Ort in Nordkorea komme ich zu dem Ergebnis, dass das System dort nicht reformfähig ist. Eine vorsichtige Öffnung mit kleinen wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen würde sehr bald einen enormen Reformdruck und eine hohe Entwicklungsdynamik erzeugen, die das System in Frage stellen würde. Es gibt dort weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch eine für Massenproteste mobilisierbare Opposition. Veränderungen müssen von „Oben“ kommen. Sicher gibt es in den nordkoreanischen Eliten genügend Menschen, die dazu bereit



wären. Wahrscheinlich aber gibt es noch mehr Menschen, die fürchten müssen, in einer späteren Phase zur Verantwortung gezogen zu werden.

Das gegenwärtige nordkoreanische Führungsquartett besteht aus dem von seinem Vater ernannten und durch die Partei bestätigten nominellen 30-jährigen Führer Kim Jong-Un, dessen Onkel Jang Song Taek, einer Schwester des verstorbenen Führers Kim Kyung Hee und dem Viersternegeneral Ri. Kim Jong-Un verfügt lediglich über die nachwirkende Autorität des verstorbenen Vaters und die Ernennung zum Vorsitzenden des wichtigsten Machtorgans, der Nationalen Verteidigungskommission, wäre vermutlich ohne die Hilfe seines Vaters durch Beförderung vom Major zum General innerhalb von eineinhalb Jahren nicht möglich gewesen. Die „Vier“ sind nicht für kollektive Führung sozialisiert.

Hinter ihnen stehen unterschiedliche Gruppen, die versuchen, ihre Interessen und Politik durchzusetzen. Wie wäre sonst erklärbar, dass zu Beginn des Jahres 2010 vermutlich von Nordkorea das südkoreanische Marineschiff Choenan versenkt wurde? Auf südkoreanische Reaktionsdrohungen wurde damals mit der Androhung des totalen Atomkriegs geantwortet. Wenige Monate später wird dann aber der Vater des amerikanischen Kernwaffenentwicklungsprogramms von Los Alamos, Siegfried Heller, zur Besichtigung der nordkoreanischen Urananreicherungsanlagen eingeladen und nochmals wieder einige Monate später wird dann von nordkoreanischer Seite die Insel Yeongpyong mit Artillerie beschossen? Hier kämpfen Gruppen und Fraktionen um Macht, Einfluss und Richtungsbestimmung.

Als ich im März diesen Jahres an einer von der Friedrich Ebert Stiftung und der amerikanischen Maxwell-School in New York ausgerichteten Konferenz zum Thema der Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel teilnehmen durfte, überraschten mich vor allem die japanische und die südkoreanischen Positionen. Die Japaner beschränkten sich auf Beschuldigungen gegenüber Nordkorea. Ihre in all den Jahren zuvor vorgetragene Forderung und Vorbedingung für die Fortsetzung der Gespräche, nämlich die Freilassung der Entführten, spielte in New York überhaupt keine Rolle mehr (Mitte der 70-er Jahre hatte Nordkorea Japaner und andere Staatsangehörige entführt um sie primär für



geheimdienstliche Tätigkeiten einzusetzen). Japan hatte eigentlich überhaupt keine erkennbare Position. Dies ist wohl Ausdruck der in den letzten Jahren ständig wechselnden Regierungen und innenpolitischen Probleme in Japan.

Die Mitglieder der südkoreanischen Delegation, bestehend aus Regierungsfraktionsmitgliedern und parlamentarischer Opposition, erschöpften sich in gegenseitigen Versagensvorwürfen. Die Oppositionsparlamentarier kündigten neue Gesprächs- und Verhandlungsoffensiven in Richtung Nordkorea im Falle ihres Wahlsieges an. Offensichtlich ist auch der gegenwärtigen südkoreanischen Regierung ihre Handlungsunfähigkeit in dieser wichtigen Frage bewusst geworden.

In einem Gespräch mit dem neuen, seit Ende letzten Jahres amtierenden Wiedervereinigungsminister, vormals Botschafter in Peking, erklärte mir dieser, dass er neue Initiativen gegenüber Nordkorea ergreifen wolle: Humanitäre Erleichterungen, regenerative Energien und Infrastruktur für Nahrungsmittelhilfe sollten dabei eine wichtige Rolle spielen. Sein Vorgänger hatte mich im Juni 2010 noch von der Notwendigkeit höherer und größerer Beschallungsanlagen am 38. Breitengrad in Panmunyon überzeugen wollen.

Die russische Vertretung in New York bestätigte die bekannte Haltung aus den 2000er Jahren: Russland will auf jeden Fall dabei sein, und es will keine Kernwaffen auf der Halbinsel. Ansonsten ist Russland wenig an Nordkorea interessiert. Die Beziehungen sind freundschaftlich, aber substanzlos. Der in den neunziger Jahren ausgelaufene Freundschafts- und Beistandspakt wurde 1998 als Freundschaftsvertrag erneuert. Russland möchte gerne, dass die von Wladiwostok nach Korea führenden Bahnlinien bis nach Busan an der Südspitze Südkoreas wieder in Betrieb genommen werden. Dort ist die kürzeste Entfernung zwischen Südkorea und Japan. Durch diese durchgehende Bahnverbindung würde die transsibirische Eisenbahn an Attraktivität gewinnen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Interessenslagen auf der koreanischen Halbinsel und den anliegenden Staaten sowie die der USA sind ziemlich klar. Die „Koreafrage“ ist weder ein multiethnischer noch ein multireligiöser noch ein multiterritorialer noch ein multikultureller Konflikt wie in Mittelost oder



Südasiens, es ist ein klar eingrenzbarer und lösbarer Konflikt. Es sollten keine Vorbedingungen von niemandem gestellt werden, und die USA sollten eine Nichtangriffs-Garantie für die Zusage Nordkoreas auf Verhandlungen über den völligen Verzicht auf Kernwaffen abgeben. Es gibt dort ein wirklich ernstzunehmendes Sicherheitsbedürfnis.

Erinnern wir uns: In seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 hatte George Bush Nordkorea auf der „Achse des Bösen“ verortet. Sein Redenschreiber David Frum hatte noch von der „Axis of Hate“ gesprochen, aber Chefredenschreiber Michael Gierson fand das mystische, religiöse, metaphysische und Angst einflößende „Böse“ besser für Nordkorea.

Am 8. März, bei unseren Gesprächen in New York, erklärte ein nordkoreanischer Teilnehmer seinem amerikanischen Dialogpartner: *„Ich möchte Ihnen von unserer neuen Führung ausrichten, dass Nordkorea nie wieder Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen möchte.“* Dieser antwortete darauf: *„Ich danke Ihnen für diese Botschaft. Richten Sie bitte Ihrer Führung aus: Die Vereinigten Staaten haben keinerlei böse Gefühle gegen ihr Land, aber wir können und werden es nicht dulden, dass sie Kernwaffen besitzen!“*

14

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Ich danke für Ihr Interesse.